



## Die Menschenrechtsslage für Frauen im Iran

Im Iran gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Demonstrationen gegen wirtschaftliche und soziale Missstände und politische Unterdrückung. Die Anlässe der größten von ihnen waren im Juni 2009 die Wahlfälschung bei der Wiederwahl von Staatspräsident Ahmadinejad und im November 2019 die Erhöhung der Benzinpreise. Immer jedoch weiteten sie sich aus zu Protesten gegen das gesamte System der Islamischen Republik. Die große Bewegung im Herbst 2022 unter dem Motto „Frau – Leben – Freiheit“ entzündete sich am Tod einer jungen kurdischen Frau, Jina Mahsa Amini, im Polizeigewahrsam, die wegen Verstoß gegen die Bekleidungs Vorschriften festgenommen worden war. Die Protestbewegung war die erste, bei der Frauenrechte das dominierende Thema waren, und auch die umfassendste, da sie alle sozialen und ethnischen Gruppen der Bevölkerung einschloss.

### Systematische Diskriminierung von Frauen

Der Kopftuchzwang ist nur das sichtbarste Zeichen der Unterdrückung von Frauen im Iran. Es gibt unzählige Vorschriften und Gesetze, die sie zementieren. Hier die wichtigsten von ihnen:

- Frauen sind von Schlüsselstellungen im Staat ausgeschlossen – sie können z. B. nicht Richterinnen an höheren Gerichten oder Staatspräsidentin werden.
- Frauen benötigen zur Aufnahme einer Arbeit oder für eine Auslandsreise die Zustimmung ihres Mannes oder Vaters.
- Zur Eheschließung brauchen Frauen die Zustimmung des Vaters oder eines anderen Familienmitglieds.
- Die Bekleidungs Vorschriften sind für Frauen weitaus strenger als für Männer, was die Verhüllung des Körpers betrifft. Sie müssen v.a. ihr Haar und ihre Figur verdecken.
- Eine Zeugenaussage einer Frau vor Gericht zählt halb so viel wie die eines Mannes.
- Die Bestrafung für die Verletzung oder den Tod einer Frau ist wesentlich geringer als die für einen Mann.
- Bei Erbschaften erhalten Frauen in der Regel halb so viele Anteile wie Männer.
- Männer dürfen Mehrfachehen und Ehen auf Zeit schließen, Frauen nicht.
- Das Strafgesetz kennt keinen Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe.
- Nach dem Zivilrecht erhält die Frau keinen Unterhalt, wenn sie sich den „Ehepflichten“ entzieht. Das kann Ablehnung von Sex mit dem Ehemann bedeuten, aber auch Aufenthalt außer Haus ohne Erlaubnis des Ehemannes.
- Nach einer Scheidung erhält in der Regel der Mann das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder.
- Mädchen können ab dem Alter von 13 Jahren verheiratet werden. Väter können aber die Erlaubnis erhalten, ihre Töchter schon ab 9 Jahren zu verheiraten.
- Frauen dürfen nicht öffentlich als Solistinnen singen.
- Durch festgesetzte Quoten wird die Zahl von Studentinnen von den Universitäten in bestimmten Fächern beschränkt, die als geeigneter für Männer angesehen werden.
- Beim Sport, am Arbeitsplatz oder an Universitäten sollen Männer und Frauen weitgehend getrennt werden.
- Unverheiratete Paare dürfen in der Öffentlichkeit keine Zärtlichkeiten austauschen.
- Das „Familienschutzgesetz“ soll die Scheidungsraten verringern, indem eine Beratung vorgesehen ist, die auf die Fortführung einer problematischen Ehe zielt.
- Frauen wird die Verkürzung der Arbeitszeit oder das Ausscheiden aus dem Beruf durch finanzielle Anreize nahegelegt, da sie sich auf ihre Mutterrolle konzentrieren sollen.

- Der Zugang zu Verhütungsmitteln wird durch ein Gesetz erschwert. Hintergrund ist, dass die iranische Regierung vorhat, die Geburtenrate im Land massiv zu steigern. Dieses Plakat, das an einer Brücke aufgehängt war, verdeutlicht das Ziel. Die Mutter ist darauf aber nicht zu sehen und auch nur ein einziges Mädchen ganz hinten.



### Die staatliche Reaktion auf die Proteste

Wie jedes Mal reagierte die Staatsmacht auch auf die jüngsten Proteste mit brutaler Unterdrückung. In Anweisungen, die geleakt wurden, wurden Sicherheitskräfte z.B. aufgefordert, „Unruhestiftern und Konterrevolutionären ... mit aller Härte zu begegnen“.

- Demonstrierende wurden u.a. durch Schlagstöcke, Tritte und Schüsse mit scharfer Munition, darunter Schrotkugeln, getötet oder schwer verletzt.
- Es gab über 500 Tote, darunter mindestens 62 Kinder, und über 20.000 Festnahmen. Am heftigsten gingen die Sicherheitskräfte in den Gebieten der ethnischen Minderheiten der Kurd\*innen im Westen und Belutsch\*innen im Osten des Landes vor.
- Die Zahl der Verletzten kann nicht beziffert werden, da viele von ihnen Angst hatten, beim Aufsuchen von Ärzt\*innen oder Krankenhäusern verhaftet zu werden. Sicherheitskräfte setzten medizinisches Personal unter Druck, diese Menschen nicht zu behandeln oder der Polizei auszuliefern.
- Familien wurden massiv eingeschüchtert, damit sie nicht über das Schicksal ihrer verletzten oder getöteten Angehörigen berichten oder nur die offizielle Version verbreiten.
- Tausende von Demonstrierenden wurden vor Gericht gestellt und ein großer Teil von ihnen in grob unfairen Prozessen (z.T. wegen unter Folter erpressten „Geständnissen“) verurteilt.
- Es gab mindestens 20 Todesurteile, weiteren Personen droht sie. Bis jetzt wurden 9 Männer in diesem Zusammenhang hingerichtet. Insgesamt haben die Hinrichtungen im Iran erheblich zugenommen.
- Im Polizeigewahrsam und in der Haft wurden Menschen massiv gefoltert. Ein Bericht von Amnesty International vom Dezember 2023 enthüllte erschreckende Details zu sexualisierter Folter an Häftlingen. Die Folternden zielten explizit auf die Forderungen der Protestierenden. Ein Vergewaltiger sagte: „Ihr seid doch süchtig nach dem Penis, also haben wir euch doch eine schöne Zeit bereitet. Ist es nicht das, was ihr mit der Befreiung sucht?“  
<https://www.amnesty.de/iran-sicherheitskraefte-vergewaltigung-protestierende-frau-leben-freiheit>
- Ein neues Gesetz soll den Kopftuchzwang und die Geschlechtertrennung noch rigorosier durchsetzen. Frauen, die dagegen verstoßen, sollen höhere Strafen erhalten. Geschäftsinhaber\*innen, die den Kopftuchzwang nicht durchsetzen, drohen Geldstrafen oder die Schließung ihres Geschäfts.

### Forderungen von Amnesty International

Da Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen im Iran grundsätzlich nicht bestraft werden, fordern wir von der internationalen Staatengemeinschaft, sich für eine Mandatsverlängerung der UN-Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen im Iran einzusetzen. Die Kommission wurde im November 2022 eingerichtet. Amnesty International fordert auch alle Staaten auf, das Weltrechtsprinzip auszuüben, um gegen die Täter auch im Ausland strafrechtlich vorzugehen.